Morgen-Ausgabe B.

Bezugs-Preis

Für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M. Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M.

Durch die Post bezogen (2 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 5.25 M., monatlich 1.75 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich 9 K 66 h, Ungarn 8 K vierteljährlich.

Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Speditoren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8. Telephon Nr. 14692, Nr. 14693, Nr. 14694.

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I, Nr. 9275.

Leipziger Tageblatt und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

Für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 1 M.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M. vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf. Reklamen 1.50 M.

Inserate u. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf. Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).

Nr. 300. Dienstag 29. Oktober 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* In der sächsischen Zweiten Kammer erfolgte gestern eine sehr interessante Besprechung der Interpellation über Schiffahrtsabgaben. (S. Art. und Ber.) Heute steht die Interpellation über die Zusammensetzung der Ersten Kammer auf der Tagesordnung.

* Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg sprach gestern in der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller über sozialpolitische Aufgaben. (S. Dtschs. R.)

* Gestern starb in Würzburg der Professor der Gynäkologie Dr. Wilhelm Nieberding.

* Das spanische Königspaar ist in Paris eingetroffen und hat dem Präsidenten Fallières einen Besuch abgestattet.

* Der Guerillakrieg in Korea nimmt einen größeren Umfang an. (S. Ausl.)

Ohne Begleitung des Kanzlers.

Der Druckfehlerteufel liebt es, besonders mit Hilfe dialektisch belasteter Bediensteter, die beiden Wörter „Begleitung" und „Bekleidung" zu verwechseln. Wo man auf diese Satansmart stößt, erscheint sie recht oft durchaus nicht als Abgeschmacktheit. Die „Bekleidung eines Monarchen durch seinen leitenden Minister" ist manchmal ein völlig zutreffender Ausdruck, manchmal eine erzsatanische Bosheit. Aber nur ein Analphabet in der Gegenwartsgeschichte könnte unserem Deutschen Kaiser, der dreimal sich sehr gewaltsam von seinen Ratgebern getrennt hat, eine seine eigene Bedeutung herabdrückende Unterordnung unter seine Kanzler nachsagen. Bei uns ist es keineswegs so, daß das gekrönte Oberhaupt die einzige Aufgabe hat, durch ihre Null den Wert der zu ihrer Linken sich aufstellenden Ziffern zu verzehnfachen. Wir fürchten auch nicht, für Byzantiner erklärt zu werden, wenn wir freudig anerkennen, daß Kaiser Wilhelm allezeit der Scylla glücklich ausgewichen ist, in welche die vor der Charybdis, der Ueberstrahlung durch hellere Nebensonnen, flüchtende Nullenschaft so gern hineinrennt: daß sie sich mit Trabanten ohne Eigenlicht zu umgeben liebt. Die Kanzler Wilhelms II. waren alle vier ganze Nummern. Wenn wir das wirkliche Verhältnis durch eine mathematische Formel charakterisieren wollen, so sagen wir vielleicht am besten, daß unser Kaiser eine algebraische Größe ist, welche durch genau berechnete Verbindungen den eigenen Wert und den ihrer Koeffizienten bestimmt.

Der Kaiser reist ohne die Begleitung des Fürsten Bülow nach London. Was bedeutet das? Es ist nicht völlig genau, die Marksteine unserer Tagesgeschichte in Wilhelmshöhe, Cartagena und den anderen Orten der Monarchenbegegnungen aufzustellen. Das Endziel ist bei ihnen meist im Grunde nichts, die Bewegung alles. Der Fackelschein der höfischen Feste beleuchtet ein Transparent, welches die königliche Unterschrift unter programmatische Vereinbarungen setzt, die in monatelanger Vorarbeit durch königliche Handschreiben und Noten der Auslandsminister und der Botschafter zustande gebracht sind. Und die Begleitung des leitenden Ministers ist der abschließende Punkt hinter der königlichen Unterschrift. Das ist die konventionelle Form der Diplomatie unserer Tage.

Wenn also Fürst Bülow nicht mit nach London geht, so wird die Sanktion der jetzigen Phase der englisch-deutschen Annäherung nicht vollständig werden. Aber hat dann die Kaiserreise überhaupt eine Bedeutung? Bleibt sie dann nicht wirklich eine reine Familienangelegenheit beider Monarchen, für die offiziöse Federn so ziemlich jeden Monarchenbesuch in einem gewissen Stadium ausgeben möchten? Wider die Wahrheit, denn — im gemütlichen Sinne der Herrscher darf man sagen: leider! — heutzutage ist es den Monarchen so gut wie unmöglich gemacht, ihre persönlichen Beziehungen rein durch Bedürfnisse ihrer freundschaftlichen Empfindungen zu regeln, ohne politischen Beigeschmack.

Was bedeutet also das Fernbleiben Fürst Bülows? Die Frage kann nicht beantwortet werden ohne vorgängige Erledigung der Hauptfrage: Was bedeutet die Kaiserreise selbst? Sie bedeutet vor allem, daß Gott sei Dank die Zeit des „Einkreisungs"-Geredes endlich vorüber ist. Wir wollen heute nicht grübeln, ob das Gerede jemals Berechtigung besessen hat. Aber das ist doch sonnenklar: den Gebieter eines durch feindselige Tendenzen bedrohten Landes darf man anständigerweise nicht mehr zu einem freundschaftlichen Besuche einladen. Mehr als die bloße Konvention verbietet die persönliche Reinlichkeit, die nackteste Rücksicht auf den guten Geschmack die Judasküsse. Mag vor 2½ Jahren eine Periode vorübergegangen sein, in der die Politik Englands eine feindliche Richtung gegen Deutschland genommen hatte; mögen selbst persönliche Empfindlichkeiten, ja bestimmbare mit Deutschlands Interessen unverträgliche Strebungen König Eduard damals zum Spielen mit dem Gedanken eines Krieges gegen Deutschland verführt haben: heute ist dieser Zustand überwunden. Wir müssen die Tatsache anerkennen, daß dem König im Jahre der Friedenskonferenz daran gelegen ist, das Ziel einer vorläufigen Sicherung des Weltfriedens auf dem von ihm selbst bevorzugten Wege der intermonarchischen Verständigung zu erreichen, nachdem die Methode des ihm aufgedrängten Ministers Campbell Schiffbruch gelitten hat, durch einen internationalen Areopag den ewigen Frieden mit der allgemeinen Abrüstung zu dekretieren. Nachdem Deutschland-Oesterreich „eingekreist" war, wurden die beiden Zentralmächte in Wilhelmshöhe und Ischl selber in den Ring einbezogen und dadurch der, wenigstens für die Gegenwart, solide Bau eines Friedenstempels gekrönt: kein monumentum aere perennius, von den Völkern, die einfach die jahrelange Kriegsnervosität nicht mehr ertragen konnten. In dieser Weise glauben wir das Rätsel der englischen Politik unseres Jahres — oder sagen wir, der Politik König Eduards — gelöst zu haben. Wir glauben, mit vollem Fug diese Tätigkeit des Königs als eine verdienstvolle bezeichnen zu dürfen.

Aber billigt Fürst Bülow denn diese Politik nicht soweit sie Deutschland angeht? Das anzunehmen liegt uns fern. Wir haben gar keinen Anhaltspunkt dafür, unserm Reichskanzler eine Abneigung gegen Verständigungen, welche auf die Sicherung des Friedens abzwecken, geschweige gar kriegerische Gelüste anzudichten. Erst recht ausgeschlossen wären natürlich kleinliche Eifersüchteleien gegen die erfolgreichere Diplomatie des Königs von England. Uns scheint, daß die Fernhaltung Fürst Bülows von englischer Seite ausgegangen ist. Wir erinnern uns des gegen seine Teilnahme an der Begegnung gerichteten „Times"-Artikels aus allerjüngster Zeit. Mag dieser Artikel in England verleugnet werden: Fürst Bülow hat den Pfeilschuß gefühlt und glaubt die Schützen zu kennen. Es ist ihm unverblümt gesagt, daß er in England nicht persona gratissima sei, und der point d'honneur hält ihn ab, sich aufzudrängen.

Eigentlich müßte unter diesen Umständen die Kaiserreise unterbleiben. Der Fürst macht sich einer Inkonsequenz schuldig, wenn er fortfährt, sie zu befürworten. Und geht er nicht mit, so ist die Gefahr nicht klein, daß das Ohr des Kaisers in London von Sirenenklängen englischer Politiker erfüllt wird, die noch zu andersartigen Abmachungen locken. Nicht zu solchen im ausschließlichen Interesse der Friedenssache, sondern auch zu Plänen, bei denen das englische Interesse vielleicht überwiegen würde.

Eine bewegte sächsische Kammersitzung.

Der Wallotsche Neubau am Terrassenufer zu Dresden hat gestern seinen ersten Tag gehabt. Die Erörterung der freisinnigen Interpellation über die Stellung der sächsischen Regierung zu den Schiffahrtsabgaben gestaltete die Sitzung so dramatisch bewegt, wie es bis jetzt noch wenige im Parlament zu Elbflorenz gegeben hat. Eines sei übrigens gleich vorweg genommen. Wenn besonders empfindsam veranlagte Gemüter aus dem Verlauf der Sitzung Schlüsse ziehen wollen auf einen tiefgreifenden Zwiespalt innerhalb der Regierung selbst, so halten wir das für übertrieben. Daß zwei Strömungen im Ministerium vorhanden sind, deren leitende Geister Rüger und Hohenthal heißen, ist nichts Neues. Aber es ist auch sicher, daß diese beiden Strömungen niemals in einem Wirbel aufeinandertreffen werden, dessen Wellen den einen oder anderen der beiden Schiffer mitsamt seinem Kahn zu verschlingen drohen. Denn Herr Dr. v. Rüger ist, obwohl einstmals nationalliberal, heute so stramm konservativ, wie nur einer, und Graf Hohenthal ist weit entfernt davon, liberal zu sein.

Das äußere Ansehen des Hauses ließ gestern nicht erwarten, daß es zu einer sehr lebhaften, auch die preußische und die Reichspolitik stark berührenden Debatte kommen werde. Zwar war das Haus, wie üblich, stark besetzt, die Tribünen gefüllt und auch die Regierung stark vertreten. Stärker sogar als sonst. Auf dem Platze rechts vom Präsidium erblickte man den Finanzminister mit zahlreichen Räten seines Ressorts. Auf dem Platze links erschien später der Minister des Innern Graf v. Hohenthal mit mehreren Kommissaren; daß die beiden Minister nicht, wie sonst, zusammentrafen, wurde von Geheimniskrämern als ein Zeichen dafür angesehen, daß wichtige Dinge in den letzten Tagen hinter den Kulissen vor sich gegangen seien. Es erklärt sich aber viel harmloser dadurch, daß rechts einfach kein Platz mehr war, um die übrigen Regierungsmitglieder unterzubringen. Und man sah auch im Verlaufe der Sitzung beide Minister in eifrigen Konferenzen vor dem Platze des Kammerpräsidenten Dr. Mehnert zusammenstehen.

Die Verhandlungen setzten sehr ruhig ein. In geschickter, sachlicher Weise begründete der freisinnige Abgeordnete Günther-Plauen seine und seiner Parteifreunde Interpellation über die Stellung der sächsischen Regierung zu den Schiffahrtsabgaben. Mit Nachdruck hob er hervor, daß die Interpellation keineswegs, wie in der Presse unterstellt, aus parteipolitischen Rücksichten gestellt sei, sondern deshalb, weil man Klarheit haben müsse, wie die Regierung zu dieser für Sachsens Volkswirtschaft so eminent wichtigen Frage stehe. Seit zwei Jahren habe man amtlich nichts darüber gehört. Auch die Thronrede habe keine Andeutung darüber enthalten. Die Antwort, die der Finanzminister am 9. Januar d. J. dem Vorstand des Sächsischen Schiffervereins zu Dresden erteilte, und die in ablehnendem Sinne lautete, ist also nicht als vollamtlich aufgefaßt worden, obwohl sie so hätte aufgefaßt werden können. Es ist das aber nebensächlicher Natur. Denn unmittelbar nach der mit lebhaftem Bravo aufgenommenen, klar disponierten Rede Günthers erhob sich der Finanzminister und erklärte, jetzt nicht mehr wie vor zwei Jahren durch Rücksicht auf vertrauliche Verhandlungen gebunden zu sein, sondern nunmehr frei erklären zu können, daß die sächsische Regierung für die Schiffahrtsabgaben nicht zu haben sei. Diese Erklärung war offenbar wohl erwogen im Ministerium. Denn zum größten Teil las sie der Minister vom Manuskript ab. Daß sie überhaupt abgegeben worden ist, können sich die Freisinnigen zu einem entschiedenen Erfolge anrechnen, obwohl damit noch nicht gesagt ist, daß wir vor Schiffahrtsabgaben sicher sind. Denn die Frage ist noch offen, ob es Preußen nicht noch gelingen wird, so viele Bundesstaaten im Bundesrate auf seine Seite zu bringen, daß die Opposition unter 14 Stimmen sinkt.

Daß die Einführung von Schiffahrtsabgaben keinen Segen für Sachsen bedeuten würde, gab man auch auf konservativer Seite zu und es schien es, als würde die vom Abg. Roch beantragte Besprechung der Interpellation recht sanft verlaufen, als plötzlich der Chemnitzer Nationalliberale Langhammer einen lebhafteren Ton in die Debatte brachte. Er fragte: „Exzellenz von Rüger, warum haben Sie das nicht gleich gesagt. Viel Beunruhigung wäre damit erspart worden." Aber, so meinte Herr Langhammer, das Schweigen habe wohl seinen guten Grund gehabt, Sachsen habe Rücksicht auf Preußen und die Agrarier genommen. Es sei ein Umschwung in der Anschauung der sächsischen Regierung zu verzeichnen. Noch im letzten Winter hätte die „Leipziger Zeitung" einen Artikel des preußischen Geheimrats Peter abgedruckt, der für die Abgaben eingetreten sei. Im April d. J. aber habe im Konservativen Verein zu Dresden ein letzter Zeit vielgenannter hoher Staatsbeamter gegen die Abgaben gesprochen. Damit hatte der Abg. Langhammer in ein Wespennest gestochen. Empfindlich berührt hat der Finanzminister ums Wort. Ein Umschwung in der Ansicht der sächsischen Regierung sei nicht eingetreten. Die „Leipz. Ztg." habe jenen Artikel völlig auf eigene Faust aufgenommen und er selbst habe niemanden veranlaßt, in seinem Namen im Konservativen Verein zu sprechen. Und nun passierte dem Minister eine Entgleisung, die noch viel von sich reden machen und viel erörtert werden wird. Er sagte weiter: Wenn er jemand einen Auftrag zu dieser Rede im Konservativen Verein gegeben haben würde, so würde er sich wahrscheinlich jemand anderes ausgesucht haben, als den Redner jenes Abends, nämlich den Herrn v. Nostitz. Offenbar hatte der Minister damit sagen wollen, er würde einen Herrn aus seinem eigenen Ressort beauftragt haben. Die Worte konnten aber auch anders gedeutet werden und wurden es auch. Freilich unserer Auffassung nach mit Unrecht, da der Minister des Innern v. Hohenthal etwas später erklärte, die Aeußerungen des Legationsrates v. Nostitz über die ablehnende Haltung der Regierung in der Schiffahrtsabgabenfrage seien mit seiner ausdrücklichen Zustimmung abgegeben worden. Großes Aufsehen im ganzen Hause. Abg. Günther greift die Rede Hohenthals sofort auf und wollte daraus auf einen scharfen Gegensatz innerhalb der Regierung schließen. Aber sofort erläuterte Graf Hohenthal seine Worte dahin, der Legationsrat v. Nostitz gehöre zu seinem Ressort, dem Ministerium des Innern. Er, der Minister, habe den Legationsrat darum gebeten, da die Frage der Schiffahrtsabgaben in der Presse viel behandelt worden sei und ihm selbst daran gelegen habe, seinen eigenen ablehnenden Standpunkt gegen die Abgaben durch eine Aeußerung im Konservativen Verein der Oeffentlichkeit bekannt zu geben. Dieser Zweck sei auch erreicht worden. Das schwächte natürlich die früheren Aeußerungen der beiden Minister stark ab. Immerhin regte der Zwischenfall aber eine so lebhafte Unterhaltung im Hause an, daß die übrigen Debatten wenig Aufmerksamkeit fanden.

Dr. v. Rüger, der anfangs so erfolgreich war, sah sich gegen Ende der Sitzung noch zweimal vom Glück nicht gerade begünstigt. Er hatte erklärt, die Haltung der süddeutschen Staaten sei nicht zu erfahren gewesen. Da stellte der Abg. Günther die Frage, wozu denn die Gesandtschaften da seien, für die im Etat 118 400 M geopfert würden. Die Antwort auf diese Frage blieb der Minister schuldig. Ihm selbst trat freilich auch kein Redner entgegen, als er sagte, gegen die preußische Auffassung vom Stader Zoll sei nicht anzukämpfen, da sich dieser Zoll nur auf die Strecke unterhalb Hamburg bezogen habe. Das stimmt nicht und das war die dritte Entgleisung Dr. Rügers. Der Zoll bezog sich tatsächlich auf die ganze im Hannoverschen Gebiet liegende Elbstrecke. Daß er gerade in Stade oder Brunshausen erhoben wurde, hat seinen Grund lediglich in praktischen Verhältnissen, nämlich darin, daß manche Schiffe nicht weiter hinauf gingen, also sonst vom Zoll gar nicht erfaßt worden wären. Preußen darf sich also nicht darauf berufen, daß die Unterelbe ja von Schiffahrtsabgaben auch jetzt freibleiben soll und daß dies also keinen Ersatz für den aufgehobenen Stader Zoll darstellt. Das gerade Gegenteil ist der Fall und es wäre sehr gut, wenn die sächsische Regierung dies Preußen einmal nachdrücklich zu Gemüte führen wollte. Durch den Abschluß des Stader Vertrages vom 22. Juni 1861 ist das Recht zur Erhebung von Schiffahrtsabgaben auf der Elbe ein für allemal zunichte geworden.

Deutsches Reich.

Leipzig, 29. Oktober.

* **Auszeichnung des Botschafters v. Radowitz.** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Dem kaiserlichen Botschafter in Madrid, v. Radowitz, ist zum Tage seines 25jährigen Botschafterjubiläums nachstehendes Telegramm des Kaisers zugegangen: „Berlin, 25. Oktober 1907. Es ist Ihnen, wie Ich erfahre, vergönnt, heute die 25jährige Wiederkehr des Tages zu feiern, an welchem Sie durch das Vertrauen Meines Hochseligen Herrn Großvaters zum Botschafter ernannt wurden. Es gereicht Mir zur Freude, Eurer Exzellenz aufrichtigen Glückwunsch hierzu auszusprechen zugleich mit Meiner dankbaren Anerkennung für die langjährigen treuen Dienste, welche Sie Mir und Meinen Vorgängern an Krone und Vaterland geleistet haben. In herzlicher Dankbarkeit Wilhelm."

* **Bethmann-Hollweg im Zentralverband der Industriellen.** Nachdem der Nachfolger des Grafen Posadowsky Staatssekretär von Bethmann-Hollweg erst vor wenigen Tagen Gelegenheit genommen hatte, auf dem deutschen Arbeiter-Kongreß über sozialpolitische Aufgaben zu reden — hat er gestern ein Gleiches getan gelegentlich der Delegierten-Versammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Er hat es dabei freilich unterlassen, über einzelne sozialpolitische Maßnahmen zu sprechen — aber er hat in bemerkenswerter Weise erneut gewarnt vor der Entwickelung der Kartellbildung in der Industrie und dann betont, daß die Blüte der deutschen Industrie auch den Arbeitern zu gute kommen müsse. Er führte aus: Für die freundliche Einladung, die Sie mir zum heutigen Tage haben zugehen lassen, bin ich Ihnen zu aufrichtigem Dank verpflichtet. Der Zentralverband Deutscher Industrieller hat während seines dreißigjährigen Bestehens an der Gestaltung unserer sozialen und wirtschaftlichen Zustände den lebendigsten Anteil genommen. Ich bitte Sie, Ihre Erfahrung auch weiter in den Dienst der Allgemeinheit stellen und auch mir gegenüber damit nicht zurückhalten zu wollen. Ich meinerseits werde bestrebt sein, dem Unternehmertum und der Arbeiterschaft mit der gleichen Offenheit und Unbefangenheit gegenüberzutreten und die Auffassungen beider Seiten gleichmäßig zu würdigen, um in möglichst enger Fühlung mit dem wirklichen Leben das richtige Augenmaß für das Mögliche sowohl wie für das Notwendige zu gewinnen und zu behalten. Ueber die Notwendigkeit einer entschlossenen Fortführung der Sozialpolitik habe ich mich auf dem unlängst hier veranstalteten Arbeiterkongreß ausgesprochen. Bei der Untrennbarkeit jeder fruchtbringenden Sozialpolitik von dem wirtschaftlichen Zustande der Industrie kann ich nur hoffen, daß der Aufschwung ohnegleichen, den die deutsche Industrie in den letzten zwei Jahrzehnten dank der Energie der Unternehmer und der Tüchtigkeit des deutschen Arbeiters genommen hat, vor unvermittelten Schwankungen bewahrt bleiben möge. Einem Verbande, der wie der Ihrige einen Vereinigungspunkt so vieler und für das wirtschaftliche Wohl des deutschen Volkes bedeutsamer Industriezweige bildet, erwachsen auch in dieser Beziehung die größten Aufgaben, deren Lösung nicht nur auf unsere Verhältnisse, sondern auch auf die Konjunktur ihre Wirkung ausübt. Die Ueberspannungen der Konzentrationstendenz, wie wir sie gerade gegenwärtig mit ihren verhängnisvollen wirtschaftlichen und sozialen Folgen in anderen Ländern erleben, enthalten eine ernste Mahnung. Ich hoffe, daß Ihre Tätigkeit dazu beitragen wird, unsere Industrie in ruhigen Bahnen zu erhalten, und ich wünsche insbesondere, daß auch Ihre jetzigen Beratungen einer kräftigen gesunden Weiterentwickelung in Ihrem Besten, zum Besten der Arbeiter und zum Besten der Gesamtheit dienen mögen.

* **Zur Besetzung der Münchener Nuntiatur** schreibt man uns aus München. Die Hoffnungen, die man in München und Berlin auf den neuen Nuntius setzt, dürften einem großen Optimismus entspringen. Der Dominikaner-General mag persönlich ein sehr liebenswürdiger Herr sein, aber er ist ein Dominikaner-General, das sagt alles. In der Ernennung eines deutschsprechenden Nuntius und noch dazu eines Oesterreichers, wird ein Entgegenkommen erblickt. Es ist ganz richtig, daß die bayerische Regierung seit langer Zeit einen solchen Wunsch hegt. Aber nach dem Feldzuge gegen die Modernisten und nach der letzten Enzyklika kann eher angenommen werden, daß die Wahl getroffen wurde, um eine bessere Ueberwachung der deutschen Katholiken zu ermöglichen. Qui vivra, verra.

* **Ein Interview Lecomtes.** Wir haben bereits telegraphisch mitgeteilt, daß der frühere französische Botschaftsrat Lecomte die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen entschieden zurückweist. Wir geben noch folgende Nachrichten über das Interview wieder: Lecomte vermutet, daß Harden unter fremdem Einfluß handle. Man habe ja von der Entlassung Holsteins gehört und von den Ereignissen, die diese Entlassung herbeiführten. Da müsse man die Gründe für das gegenwärtige Vorgehen suchen. Jedermann wisse, daß die politische Evolution, welche seinen Rücktritt herbeigeführt hat, dem Einflusse des Fürsten Eulenburg zuzuschreiben sei, dessen Freund Lecomte gewesen ist. Auf die Frage, ob er sich oft mit dem Fürsten Eulenburg in Gegenwart des Kaisers befunden habe, erwiderte Lecomte: „Nein. Jedesmal, wenn er in das Schloß eingeladen sei, habe er sich nicht mit dem Fürsten Eulenburg getroffen." Auch was über die Jagd gesagt worden sei, daß ihn Fürst Eulenburg mit seiner Begleitung dem Kaiser beinahe aufgedrängt habe, sei vollkommen unrichtig. Der Kaiser habe allerdings, als er nach Liebenberg ging, ihn unter den Personen bezeichnet, welche er zu treffen wünschte. Ueber seine politische Rolle sagte er: „Ohne aus der Reserve herauszugehen, die mir geboten ist, kann